

Riesfaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa,
Vertrauf Nr. 20.

Das Riesfaer Tagesblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Anwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptstaatsamts Meißen.

Postkassentor: Dresden 1630
Vertrauf Riesa Nr. 62.

Nr. 72.

Donnerstag, 26. März 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesfaer Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Anzeigens sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen in bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 8. vom ersten, 4. vom Ende der Wochenschrift, je 6 Seiten 25 Gold-Pfennige; je 89 um drei Pfennige. Zeitraumbänder und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Persönlicher Kontakt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Kontos gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Abhängige Unterhaltungsbeiträge, Ergänzungen „in der Erde“ - im Falle höherer Gewalt - arzig oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsanstalten - hat der Besteller keinen Anspruch auf Wiederherstellung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises, Abrechnungsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Eine neue Wahlrede Dr. Jarres.

* Stuttgart. Der Andrang zu dem vom Reichsblat Württemberg für die Kandidatur Dr. Jarres veranstalteten Wahlversammlungen war so groß, dass die größten Säle Stuttgarts nicht ausreichten, um die große Nachfrage nach Karten befriedigen zu können. Die Hauptversammlung im Festsaal der Völkerei wurde schließlich in einer großen unterirdischen Halle abgehalten. Sie zeigte auch von der überaus günstigen Aufnahme, welche die Kandidatur Jarres nicht nur in der Landeshauptstadt, sondern im ganzen Lande gefunden hat. Die Versammlung wurde durch Orgelklang des Niederländischen Dankgebetes eröffnet. Nach Begrüßungsworten des Vorsitzenden des Reichsblattes in Württemberg, Landgerichtspräsident a. D. Mayer ergriff

Oberbürgermeister Dr. Jarres,

mit langem anhaltenden Händeklatschen begrüßt, das Wort. Er führte unter anderem aus, dass es ihm besonders angenehm sei, den heutigen Abend unter den Klängen der Orgel zu eröffnen. Das Niederländische Dankgebet gibt dem Abend den richtigen Kontakt, denn erst soll das ganze deutsche Volk an die Lösung der bevorstehenden Aufgabe herantreten. Dr. Jarres gedachte seiner Fahrt durch die deutschen Gauen. Ihre schöne Heimat ist ihm nicht unbekannt und verschiedene Eindrücke verbinden sich mit seinen verschiedenen Besuchen, die ihn ihrer Landeshauptstadt in der letzten Zeit abgefeuert habe. Was wir wollen, das ist ein: **Deutschland aus dem Parteienkampf!** (Beifall der Beifall.)

Wir wollen keine Restauration, denn die Geschichte hat gelehrt, dass sie undurchführbar ist. Aber wir wollen auch keine Weltanschauung, ein Schlagwort, das jüngst von anarchistischen Politikern geprägt worden ist. Die Einheit des Reiches war unser Ziel. Auch der Kampf um Rhein und Ruhr ging um die Einheit des Reiches. Der Kampf der Parteien war nicht zureichend. Er ist auch äußerlich verloren, so wird er, davon bin ich überzeugt, uns am Ende erfolgreichen Gewinn bringen. Ich habe zu meinem bescheidenen Teil in diesem Kampf auch mitgewirkt. Das wird immer der Stolz meines Lebens sein.

Dr. Jarres gibt dann eine eingehende Schilderung seiner Stellungnahme zur Frage der Ruhrpolitik. Sein Vorschlag war: Keine Katastrophepolitik! Katastrophepolitiker waren vielmehr diejenigen, die in jener Zeit feilscher Jermirung mit dem verzweifeltsten Gedanken spielten, in Verhandlungen mit Frankreich einen autonomen Rheinstaat außerhalb der Rheingrenze zu bilden. Wir sind national, aber nicht nationalistisch! Das gilt besonders für unsere Ruhrpolitik. Wir treten ein für eine besonnene und würdige und aufrechte Vertretung unserer Interessen. Wir haben den schlichten Willen, im Frieden mit den Völkern der Erde zu leben.

Zur Frage des Völkerbundes äußerte Dr. Jarres, ein bedingungsloser Eintritt Deutschlands in den Völkerbund komme nicht in Frage. Wir dürfen uns nicht der Gefahr aussetzen, das Kampffeld für andere Völker zu werden. Sollten wir eines Tages in den Völkerbund eintreten, so müssten wir unsere Aufgabe auch darin erblicken, uns der deutschen Minderheiten anzunehmen, die in den abgetrennten Gebieten wohnen.

Dr. Jarres trat dann ein für den Kampf gegen die Kriegsschuldfrage. (Stürmischer Beifall.) Die Versprechungen der Novemberleute, das deutsche Volk habe auf der ganzen Linie geliegt, seien Lug und Trug gewesen. Wir müssen zurück zur Heiligkeit der Verwahrung und des öffentlichen Lebens, wie sie früher bestanden habe. Wir achten die Befassung, erblicken in ihr aber nicht das Ideal und wollen sie darum auch auf organischem Wege revidieren.

Dr. Jarres erklärte weiter: Wir sind sozial, aber nicht sozialistisch! Der Klassenkampf hat uns unendliches Leid gebracht. Ein gesunder lebensfähiger Mittelstand ist ein Hauptfeiler für den Staat und für die Wirtschaft. Es ist ein Unglück, wenn die wertvolle Kulturschicht des Mittelstandes zwischen die Mähdreie des Kapitalismus und der großen Arbeitermasse auf der anderen Seite zerfällt wird.

Jarres betonte: Ich bemerke, dass ich eine deutsche bodenständige Kapitalkraft für ebenso erforderlich für den Staat halte, wie die Erhaltung der Arbeitskraft unserer Handarbeiter. Aber der Mittelstand muss gestärkt werden durch eine vernünftige Steuerpolitik und durch eine gerechte Aufwertung, soweit sie wirtschaftlich tragbar ist. Befreiung der Wirtschaft von übertriebenem Zwang und übertriebener Bürokratisierung. Zum Schluss erinnerte der Minister an den Besuch, den er dem Grafen Zeppelin in Stuttgart nach der großen Luftschiffkatastrophe von Göttingen abgehatet habe. Graf Zeppelin, dieser große, schlichte Mann, in dem sich genialer Erfindergeist und der hohe Wille der gewöhnlichen Art glänzend vereinigen, habe dem deutschen Volk nicht nur die größte technische Erfindung unserer Zeit, sondern vielmehr einen neuen Glauben gegeben. Wir glauben an unsere Zukunft! Anstatt uns über die Ursachen unseres Unglücks die Köpfe zu zerbrechen, wollen wir unverdrossen nur an dem Wiederaufbau unserer Zukunft arbeiten. So huldigen wir am besten dem Gedächtnis ihres großen Landsmannes.

Dr. Jarres schloß mit dem Goetheschen Lebensspruch. Die Rede wurde zum Schluss mit stürmischem Beifall aufgenommen und begeistert stimmte die Versammlung das Deutschlandlied an. Dr. Jarres hat durch seine aufrechte Art und durch seine schlichte, zu Herzen gehende Vortragweise schnell die Sympathien der sonst außerordentlich zurückhaltenden Bevölkerung gewonnen.

Wählen ist Pflicht!

* Berlin. Die Vaterländischen Verbände Deutschlands erlassen einen Aufruf, in dem sie erklären, daß der außerordentliche Erfolg Dr. Jarres bei seinen Besuchen im Osten, Norden und Süden die Zuversicht berechtigt erscheinen lasse, daß es gelingen werde, seine Kandidatur schon beim ersten Wahlgange durchzuführen. Die Verbände rufen deshalb an alle ihre Angehörigen nochmals die eindringliche Mahnung, am Sonntag unter keinen Umständen von der Wahlurne fernzubleiben, sondern für sich selbst und auch im Interesse von Freunden und Bekannten alles daran zu setzen, daß Dr. Jarres schon beim ersten Wahlgange gewählt wird.

Der Aufruf der Wirtschaftspartei für Jarres.

* Berlin. Der Reichsausschuss der Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes erläßt einen Wahlauftrag, in dem es heißt:

Die Wirtschaftspartei konnte bei den wiederholten Besprechungen der Vertreter der verschiedenen Parteien und Organisationen im Reichstagesrat mit Befriedigung feststellen, daß sich alle beteiligten Kreise des deutschen Volkes unter dem höheren Gesichtswinkel eines Einigungsvorwurdes möglichst weiter Kreise des deutschen Volkes befreit werden. Sonderwünsche irgendwelcher Art zurückzustellen. Es herrscht vielmehr der erste Wille vor, nach einem Mann zu suchen, der nicht parteipolitisch exponiert erscheint, aber in bezug auf den Charakter und die Bedeutung für dieses höchste Amt, welches das deutsche Volk zu vergeben hat, die unerlässlichen Bedingungen erfüllt. Die Wahl fiel nach sorgfältigen Beratungen und ausgedehntem Meinungsanstausch auf den früheren Reichsminister Dr. Jarres. Weder in die Basis der Einigung kleiner geworden, als wie sie die Wirtschaftspartei erhofft und erlangt hat; doch steht immer noch fest, daß sich wenigstens ein großer Teil des deutschen Volkes unter Zurückstellung aller Bedenken und Sonderwünsche zusammengesprochen hat in höchstem Interesse des Vaterlandes. Den Aufgaben in schlüssigerem Maße alle eigenen Hoffnungen und Wünsche unterzuordnen, ist von jeder selbstverständlichen Pflicht des deutschen Mittelstandes abzuweichen. Deshalb schlägt sich die Wirtschaftspartei reiflich dem Einigungsgedanken an, und deshalb kann sie am 29. März für den deutschen Mittelstand nur eine Parole geben:

Jede Stimme für Dr. Karl Jarres!

Aufruf zur Reinigung des öffentlichen Lebens. Forderungen führender Persönlichkeiten.

* Berlin. Kaufmännische Persönlichkeiten des politischen und geistlichen Lebens aus dem ganzen Reich erlassen einen Aufruf zur Reinigung des öffentlichen Lebens. Es heißt darin:

Die Bekleidungsaffäre, die in Berlin in den letzten Monaten zutage getreten ist, zwingen zu schärferer Abwehr gegen alle Mängel der öffentlichen Verwaltung. Die Verschleuderung der Steuer- und Polizeigelder und anderer Reichsvermögenswerte vermindert den Staatsgedanken im Herzen des deutschen Staatsbürgers und führt zur Aufkündigung aller rechtlichen Ordnung. Noch sind Ehre, Pflicht und Gewissen kein leerer Schall geworden. Noch sind wir, wenn sich alle deutschen Staatsbürger in der Forderung fester, objektiver und erfolgreicher durchgreifender Staatsbehörden einmütig zusammenfinden und ihren Willen zur tatsächlichen Reinigung des öffentlichen Lebens bekunden, kräftig genug, uns von der schleichenden Seuche zu befreien. Wie wir unserer Väter, so sollen unsere Nachfahren des heutigen Geschlechts in Ehren gedenken als solcher Männer, die aus dem Wut und Sumpf des Zusammenbruchs wieder zur Sachlichkeit, Treue und Pflichterfüllung emporgerungen haben.

Der Aufruf stellt folgende Forderungen auf:

1. Strenge Durchführung aller anhängigen und kommenden Reformen, Antisepse, Hygiene, usw. Strafverfahren und Überwindung aller Abschwächungs- und Ablenkungsversuche.
2. Schärfere Erfassung der Verschleudungen von Vertriebsinteressen und Einrichtungen durch neue Normen im Gesetz. Jede Betätigung von Persönlichkeiten, die Reich, Länder oder öffentlich-rechtliche Körperschaften zugunsten persönlicher Vorteile benachteiligen, muß für die Zukunft verhindert werden.
3. Befreiung sämtlicher entscheidenden Stellen in den Zentral-, Mittel- und Ortsbehörden mit ausgeprägten Persönlichkeiten besonderer Eignung und mit Beamten, die bei Dienstantritt sachkundig vorbereitet sind, und sich im Charakter bewährt haben, Entfernung sämtlicher diesen Anordnungen nicht entsprechenden Beamten zur Verhütung weiterer Staatsgefährdung und zur Ermöglichung sachlicher Staatsarbeit.
4. Wahl eines Reichspräsidenten, dessen Persönlichkeit die Durchführung dieses Reinigungskampfes gewährleistet.

Die Frage der Abrüstungskonferenz.

Washington. (Funkpruch.) Präsident Coolidge berichtet heute mit Senator Borah und dem auswärtigen Ausschuss über die Möglichkeit einer Abrüstungskonferenz. Senator Borah erklärte, er bezweifle, daß die gegenwärtige Lage in Europa ihrem Erlöse förderlich sein werde.

Veröffentlichung des Aufwertungs- gesetzes.

WT. Wenige Tage vor der Reichspräsidentenwahl unternimmt die Reichsregierung die Veröffentlichung des Gesetzesvorlages über die Aufwertungsfrage, so daß dadurch dieses bei unstrittigen Problem gewisse Auswirkungen auf die Abstimmung vom 29. März ausüben wird. In den politischen Kreisen ist man einmütig überliefert darüber, daß das Reichskabinett diese Angelegenheit nicht noch einige Tage zurückgestellt hat, um mit Rücksicht auf die Präzedenzverhältnisse keine Selbstverständlichkeit zu neuen politischen Auseinandersetzungen zu bieten. Man kann voraussehen, daß die Gegner der Regierung jetzt gegen die Vorlage Sturm laufen werden, indem sie behaupten, die Verprechungen an die Wähler seien in keiner Weise erfüllt worden. Dem gegenüber wird jedoch von maßgebender Regierungskreise darauf hingewiesen, daß das Reichsfinanzministerium immer wieder vor überhöhten Erwartungen gewarnt hat und in seinen Angelegenheiten bis zu der Entscheidung gegangenen sei.

Die Aufwertung soll nach den Mitteilungen, die zur Zeit in der Presse im Umlauf sind, theoretisch auf 5 Prozent sowohl für die Anleihen als auch für die Depositen festgesetzt werden. Was den Zinsdienst anbelangt, so ist vorgesehen, daß ein jährlicher Betrag von 40 Millionen Mark für die Verzinsung derjenigen Anleihen ausgemacht wird, die vor dem 1. Januar 1924 ausgestellt worden sind. Bevor nicht der Wortlaut der Gesetzesvorlage vorliegt, ist es selbstverständlich schwer, vom finanzpolitischen und wirtschaftlichen Standpunkt aus dazu Stellung zu nehmen. Somit steht aber fest, daß die Regierung bisher nach reichlicher Überlegung und nach erneuter Prüfung der Sachlage eine brauchbare Lösung des Aufwertungsproblems durchzuführen zu können glaubt. Im übrigen wird in den politischen Kreisen anerkannt, daß es ein mutiger und ehrlicher Entschluß der Reichsregierung war, noch vor der Reichspräsidentenwahl mit den Aufwertungsfragen an die Öffentlichkeit zu treten. Seit Wochen und Monaten hat die Opposition verlangt, die Reichsregierung in der schwersten Weise zu verdächtigen und ihr den Vorwurf zu machen, sie treibe ein unehrliches Spiel, indem sie die Aufwertungsfrage verfilzle, damit die Wählerkraft erst nach der Reichspräsidentenwahl von der wirklichen Sachlage Kenntnis erhalte. In Wirklichkeit zeigt aber das Kabinett bisher, daß es nicht im mindesten einen Anlaß hat, der Öffentlichkeit etwas vorzutäuschen. Im übrigen kann man schon jetzt voraussehen, daß die Aufwertungsfrage von den Gegnern der gegenwärtigen Reichsregierung zu einem Vorhof im Reichstag benutzt werden wird, um die Volkstimmung gegen das Kabinett aufzubringen.

Reichsfinanzminister von Schlieben und Reichsjustizminister Dr. Arens beabsichtigen heute Donnerstag vor den Vertretern der Presse Erklärungen über die Aufwertungsfrage abzugeben. Man ist allgemein gespannt, welchen Standpunkt die beiden Minister gegenüber den jetzt einsetzenden parlamentarischen Schwierigkeiten einnehmen werden.

Landtagsauflösung in Oldenburg.

Oldenburg. Das provisorische Beamtenkabinett findet in Oldenburg heute am Landtage die Vertrauensfrage. Das Vertrauen wurde jedoch mit 33 gegen 14 Stimmen, und zwar mit den Stimmen der Demokraten, des Zentrum und der Sozialdemokraten, verweigert. Das Kabinett löste der Ministerpräsident v. Hinder den Landtag auf, nachdem er von den ihm das Vertrauen verweigenden Parteien darauf aufmerksam gemacht worden war, daß die Auflösung dem Wortlaut der oldenburgischen Verfassung widerspreche. Nach § 40 der Verfassung gibt dem Ministerium die Ermächtigung zur Auflösung nur ein aus der Mitte des Hauses von mindestens einem Drittel der Parteien drei Tage vor der Abstimmung auf die Tagesordnung gestelltes Mißtrauensvotum. Von den Demokraten wurde ein Appell an den Staatsgerichtshof angekündigt.

Von maßgebender parlamentarischer Seite wird geschrieben: Der schwere Konflikt, der um die Auflösung des Oldenburgischen Landtages durch die Regierung Hinder entstanden ist, hat in Berlin das größte Aufsehen hervorgerufen. Es erscheint dringend notwendig, die Angelegenheit dem Urteil des Staatsgerichtshofes zu überlassen, bevor man grundsätzlich zu dem Streitfall Stellung nimmt. Immerhin wird der Reichsminister des Innern die Aufgabe haben, insofern der aus Oldenburg eingetroffenen Proteste die Sachlage zu prüfen, um evtl. durch eine Vermittlung die Austragung dieses Konfliktes vor dem Staatsgerichtshof vermeiden zu können. Im übrigen ist man in Berlin der Meinung, daß das oldenburgische Kabinett nach dem Ausweg besteht, über die Auflösung des Parlamentes von sich aus eine grundsätzliche Entscheidung herbeizuführen.

Generalfreie in Palästina.

London. (Funkpruch.) Daily Mail berichtet aus Jerusalem, daß der Generalfreie in ganz Palästina in vollem Gange sei. Die arabischen Zeitungen erscheinen mit Trauerrand. Reuter meldet aus Jerusalem, daß Balfours gefriger Besuch in Jerusalem ohne Zwischenfall verlaufen ist. Die Volksmenge verarmelte sich in Moscheen; mohammedanische und christliche Redner hielten Ansprachen. Polizei und berittene Gendarmen patrouillierten in den Straßen. Es fehlte jedoch jede Spannung.